



EESC info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

June 2023 | DE

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

GRUSSWORT



Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

in Kürze findet die nächste Plenartagung statt, bei der wieder zahlreiche Stellungnahmen zu vielen wichtigen Themen auf der Tagesordnung stehen. Ein Thema möchte ich Ihnen besonders ans Herz legen: die Jugend. Die Beteiligung junger Menschen an demokratischen Prozessen ist nicht nur wünschenswert, sondern ein Muss, denn die Zukunft Europas ist ihre Zukunft. Deshalb gehört es zu meinen wichtigsten politischen Prioritäten, den EWSA zu einem echten Forum der neuen Generation zu machen, in dem junge Menschen ihre Meinung vertreten können und – wichtiger noch – wo ihnen Gehör geschenkt wird. Diese Woche werden wir Gelegenheit haben, einige erste Bausteine dieses Forums der neuen Generation zu

erörtern und zu beschließen.

Zunächst werden wir über die Einrichtung einer neuen Gruppe „Jugend“ entscheiden. Aufbauend auf dem Europäischen Jahr der Jugend und den herausragenden Erfolgen, die der EWSA bereits erreicht hat, verfügen wir über eine solide Grundlage, um diese Initiative einen Schritt weiter voranzubringen. Die Hauptaufgabe der Gruppe soll darin bestehen, die vielfältigen Herausforderungen, mit denen junge Menschen heute konfrontiert sind, zu verstehen und wirksame Lösungen für ihre Beteiligung an den Tätigkeiten des EWSA zu formulieren. Außerdem soll die Gruppe die verschiedenen Optionen für die Einrichtung eines ständigen Jugendgremiums im EWSA prüfen. Durch die Einrichtung der Gruppe möchte ich dafür sorgen, dass Jugendfragen umfassend und mit vollem Engagement angegangen werden und dass sie vor allem dauerhaft ganz oben auf der Tagesordnung des EWSA stehen.

In einem zweiten Schritt soll ein Pilotprojekt zur Anwendung des EU-Jugendtests in den Stellungnahmen des EWSA angestoßen werden. Dabei geht es darum, sicherzustellen, dass unsere Stellungnahmen aus Sicht junger Menschen tauglich sind. Dies wird uns dabei helfen, ihre Sichtweisen, Bedürfnisse und Erwartungen in den Beschlussfassungsprozess des EWSA einzubeziehen und somit einen wirklich partizipativen und inklusiven Ansatz bei der Gestaltung der EU-Politik zu fördern.

In den kommenden Tagen zähle ich für die Annahme der einschlägigen Beschlüsse auf die Unterstützung und das Engagement unserer Mitglieder. Damit werden wir jungen Unionsbürgerinnen und -bürgern zeigen, dass wir Worten Taten folgen lassen, unsere Versprechen einhalten und dieses Forum zu ihrem Forum machen.

Oliver Röpke

Präsident des EWSA

BITTE VORMERKEN

5./6. Juli 2023, Alexandria, Ägypten

[Europa-Mittelmeer-Gipfeltreffen der Wirtschafts- und Sozialräte und vergleichbarer Einrichtungen 2023](#)

12./13. Juli 2023, Brüssel

EWSA-Plenartagung

19. Juli 2023, Brüssel

[Bekämpfung der Energiearmut für einen gerechten Übergang](#)



ZUR SACHE

In dieser Ausgabe erläutert Jan Dirx die Standpunkte des EWSA zu einem der Top-Themen auf der EU-Agenda: der Reform des EU-Strommarkts.

Der EWSA hat das Vorhaben der Europäischen Kommission zur Neugestaltung des Strommarkts geprüft. In dieser Rubrik fasst Jan Dirx zusammen, was der EWSA vorschlägt, um mehr Verbraucherfreundlichkeit sowie einen größeren Nutzen für Unternehmen und allgemein alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Die EWSA-Stellungnahme zur Reform des Strommarkts wird auf der Juni-Plenartagung erörtert.



REFORM DES STROMMARKTS: „LIBERALISIERUNG, SOWEIT MÖGLICH – REGULIERUNG, SOWEIT NOTWENDIG“

von Jan Dirx

Die Reform des EU-Strommarkts sollte auf einem hybriden Modell beruhen, bei dem das Spiel der Marktkräfte mit Ordnungspolitik kombiniert wird, denn Energie ist keine gewöhnliche Ware.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) fordert seit geraumer Zeit eine Reform des EU-Strommarkts. Die Risiken auf dem EU-Strommarkt werden in der Praxis in erster Linie auf die Verbraucher und Unternehmen abgewälzt. Nach dem Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine beschleunigte sich der schon seit 2021 verzeichnete Anstieg der Energiepreise weiter. Der Krieg zeitigte massive Auswirkungen auf die Kosten für fossile Energieträger, insbesondere Gas, das zur Erzeugung großer Mengen von Strom genutzt wird, und die gestiegenen Preise wurden an die Endverbraucher weitergereicht.

Aufgrund dieser Entwicklungen arbeitete die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Reform des EU-Strommarkts aus. Der EWSA erkennt zwar an, dass die Kommission einige wichtige Maßnahmen vorschlägt, erachtet diese jedoch für unzureichend.

Er hat deshalb eine Reihe von weiterreichenden Reformvorschlägen vorgelegt. Nach Auffassung des EWSA kommt dem Grundsatz, wonach **Energie nicht wie eine gewöhnliche Ware behandelt werden sollte**, zentrale Bedeutung zu, **ist sie doch ein wesentlicher Baustein unseres Wirtschafts- und Sozialsystems und damit ein Kernelement der Daseinsvorsorge**. Für die Energie der Zukunft muss daher ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der sowohl eine umweltfreundliche, erschwingliche und zuverlässige Energieversorgung als auch das Recht auf Energie gewährleistet. Für diesen Rahmen eignet sich ein hybrides Modell, bei dem das Spiel der Marktkräfte mit gezielter Ordnungspolitik kombiniert wird – getreu dem Motto „**Liberalisierung, soweit möglich – Regulierung, soweit notwendig**“.

Kern des vom EWSA vorgeschlagenen Modells ist eine **von den Regierungen einzurichtende „E-Agentur“**, die Strom von den Erzeugern kauft und an diejenigen verkauft, die Haushalte, KMU, Bürgerenergiegemeinschaften und Großverbraucher beliefern, sowie gegebenenfalls und sofern möglich an andere Länder.

Der EWSA begrüßt die Absicht der Kommission, den Strommarkt stärker auf die Verbraucher auszurichten, ist jedoch der Auffassung, dass sie diesbezüglich noch weiter hätte gehen können. So sollte nach Ansicht des EWSA der Markt so organisiert werden, dass **Verbraucher und andere kleine Marktteilnehmer, die ihren eigenen Strom erzeugen, diesen so weit wie möglich selbst nutzen können, auch wenn sie ihn in das Netz einspeisen**. Ein weiterer und fairerer Weg, um Kleinerzeugern diese Möglichkeit einzuräumen, wäre die vom EWSA vorgeschlagene Schaffung einer „**Strombank**“, die eingehender geprüft und im Detail ausgearbeitet werden sollte.

Abschließend weist der EWSA darauf hin, dass sich auf dem Strommarkt gerade ein Paradigmenwechsel vollzieht und in den kommenden Jahren ganz sicher weitere Reformen notwendig sein werden.

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an ...

Die Europäische Kommission hat kürzlich einen neuen Vorschlag vorgelegt, um den Trend der letzten Jahre, Produkte zu ersetzen anstatt sie reparieren zu lassen, umzukehren. In diesem Monat wird der EWSA seine Vorschläge zum „Recht auf Reparatur“ vorlegen. Wir haben bei Thierry Libaert nachgefragt: Was fordert der EWSA?

Herr Libaert ist Berichterstatter für die EWSA-Stellungnahme zu diesem Thema und war 2013 Verfasser eines wegweisenden Berichts des EWSA, in dem die geplante Obsoleszenz erstmals in der EU thematisiert wurde. Einige seiner ursprünglichen Vorschläge werden nun Wirklichkeit.



Für ein echtes europäisches Recht auf Reparatur

Frage EWSA info: Welche neuen Aspekte möchte der Ausschuss mit seiner Stellungnahme zum Recht auf Reparatur in die Diskussion einbringen?

Thierry Libaert: Die Reparierbarkeit von Produkten ist ein Thema, das sinnbildlich für die Arbeit des EWSA ist, und das aus zwei Gründen:

Erstens muss dieses Thema im Zusammenhang mit der langjährigen Dynamik im Verbraucherschutz gesehen werden, bei der insbesondere nachhaltige Produkte und die Bekämpfung irreführender Umweltaussagen immer wichtiger werden. Zweitens sind Themen wie dieses bei den Abstimmungen im Plenum besonders mehrheitsfähig.

Die [Stellungnahme zum Recht auf Reparatur](#), die ich gemeinsam mit Ko-Berichterstatterin **Emilie Prouzet** erarbeitet habe, zeigt das immer engere Ineinandergreifen von Verbraucher- und Umweltschutzbelangen. Reparierte Produkte verbrauchen weniger Rohstoffe – vor allem weniger kritische Rohstoffe –, die in der Folge auch nicht auf Mülldeponien landen. In einer Zeit, in der jährlich geschätzte 7,4 Millionen Tonnen Elektroschrott anfallen, ist dies ein wichtiges Argument.

Wir unterstützen den Vorschlag der Kommission, fordern aber, dass noch nachgeschärft wird, damit es nicht bei einem theoretischen Recht auf Reparatur bleibt. So müsste etwa über ein Verbot bestimmter Praktiken, mit denen Reparaturen verhindert werden sollen (beispielsweise das sog. *Part Pairing*), die Unterstützung aufgearbeiteter Produkte und den 3D-Druck sowie über die wirksame Unterstützung für Werkstätten, etwa in Form von Schulungen für ihre Beschäftigten, nachgedacht werden. Außerdem muss das Bewusstsein der Verbraucher geschärft werden. Viele Menschen wissen nicht mehr, dass man Dinge auch reparieren lassen kann, anstatt sie einfach zu ersetzen. Maßnahmen in diesem Bereich müssen ganzheitlich sein und alle Interessenträger einbeziehen.

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Überraschungsgast

In der Rubrik „Überraschungsgast“ begrüßen wir unterschiedliche Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Journalismus, Kultur, Gesellschaft und Politik.

In diesem Monat ist es **Oleksandra Matwitschuk**, Menschenrechtlerin und Leiterin des ukrainischen Zentrums für bürgerliche Freiheiten. Sie verfügt über Erfahrung mit der Schaffung horizontaler Strukturen für die Beteiligung einer großen Zahl von Personen an Menschenrechtsaktivitäten, insbesondere hinsichtlich der Initiative Euromaidan SOS, und dokumentiert seit vielen Jahren Kriegsverbrechen. Sie hat eine Reihe von Berichten für die Vereinten Nationen, den Europarat, die EU, die OSZE und den Internationalen Strafgerichtshof verfasst. Außerdem hat sie die Kampagne #SaveOlegSentsov für die Freilassung von Oleh Senzow und anderen politischen Gefangenen auf der Krim und im Donbas initiiert. Sie erhielt den von den OSZE-Missionen mehrerer Länder vergebenen „Democracy Defender Award“ für ihren herausragenden Beitrag zur Förderung der Demokratie und der Menschenrechte. 2022 wurde Oleksandra Matwitschuk mit dem „Right Livelihood Award“ ausgezeichnet und von der Financial Times als eine der 25 einflussreichsten Frauen der Welt genannt. Ebenfalls im Jahr 2022 wurde dem Zentrum für bürgerliche Freiheiten, das von Oleksandra Matwitschuk geleitet wird, gemeinsam mit Ales Bjaljazki, einem belarussischen Aktivist, der für Unabhängigkeit und Demokratie eintritt, sowie der russischen Organisation Memorial der Friedensnobelpreis verliehen.



Die Ukraine wird die NATO stärken

Von Oleksandra Matwitschuk

Als Menschenrechtsanwältin habe ich von Anbeginn des von Russland 2014 vom Zaun gebrochenen Krieges die dabei begangenen Kriegsverbrechen dokumentiert, damit sie irgendwann einmal allesamt bestraft werden können. Als Privatperson und Mensch bin ich jedoch davon überzeugt, dass wir nicht so lange warten dürfen, um sie zu beenden. Deshalb spreche ich mich für einen raschen Beginn des NATO-Beitrittsprozesses der Ukraine aus.

Wir sind mit einer beispiellosen Zahl von Kriegsverbrechen konfrontiert. Russische Truppen haben vorsätzlich Wohngebäude, Kirchen, Schulen und Krankenhäuser zerstört, Evakuierungskorridore angegriffen, ein System von Filtrationslagern eingerichtet, Zwangsdeportationen organisiert, Entführungen,

Vergewaltigungen und Folterungen begangen und Zivilisten in den besetzten Gebieten ermordet.

Es handelt sich nicht um einen Krieg zwischen zwei Staaten. Dies ist ein Krieg zwischen zwei Systemen: Autoritarismus und Demokratie. Russland versucht damit zu beweisen, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte keine echten Werte sind. Wenn sie echt sind, warum können sie dann niemanden schützen? Warum kann das gesamte internationale Friedens- und Sicherheitssystem die russischen Gräueltaten nicht stoppen? Warum bin ich – eine Menschenrechtsanwältin, die seit vielen Jahren das Recht zum Schutz der Menschen einsetzt – jetzt gezwungen, auf die Frage „Wie können wir helfen, die Menschen vor der russischen Aggression zu schützen?“ mit „Gebt der Ukraine moderne Waffen“ zu antworten?

Denn im Moment funktioniert das Recht nicht. Ich hoffe jedoch, dass dies nur ein vorübergehender Zustand ist.

Seit Jahrzehnten begeht das russische Militär internationale Verbrechen in Tschetschenien, Moldau, Georgien, Mali, Libyen und Syrien. Dafür wurde es nie bestraft.

Wir müssen diesen Kreislauf der Straflosigkeit durchbrechen. Wir müssen jetzt ein Sondertribunal für das Verbrechen der Aggression einrichten und Putin, Lukaschenko und andere, die sich dieses Verbrechens schuldig gemacht haben, zur Verantwortung ziehen.

Ja, das ist ein gewagter Schritt, aber er ist richtig.

Als Menschenrechtsanwältin habe ich Kriegsverbrechen dokumentiert, damit eines Tages alle Russen, die sie begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden, aber als Privatperson und Mensch bin ich davon überzeugt, dass wir nicht so lange warten dürfen, um diesen Verbrechen ein Ende zu bereiten. Deshalb vertrete ich folgende Auffassung:

Solange die Ukraine verwundbar ist, ist auch das gesamte euro-atlantische Sicherheitssystem verwundbar. Statt von einer NATO-Mitgliedschaft sprechen einige Politiker von Sicherheitsgarantien, die in Wirklichkeit nicht einmal mit Artikel 5 des NATO-Vertrags gleichzusetzen sind. Wie können separate Zusicherungen die Sicherheit eines so großen Landes garantieren, das sich durch einen einzelnen Schild nicht vor russischen Raketen schützen lässt? Wie hoch werden die langfristigen Kosten dieses Vorgehens sein, vor allem angesichts der direkten Folgen der Unsicherheit, wie etwa der „Lebensmittelkrise“? Ist es mit diesen Zusicherungen möglich, für eine nachhaltige Lösung zu sorgen, wenn das, was heute wiederaufgebaut wird, morgen erneut zerstört werden kann? Können sie Millionen von ukrainischen Flüchtlingen zu einer sicheren Rückkehr in die Ukraine verhelfen?

Die Ukraine verdient es, Mitglied der NATO zu sein. Die Ukraine teilt die Werte von Freiheit und Demokratie und ist bereit, sie zu verteidigen. Die Ukraine wird nicht nur Nutznießer sein, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit des Bündnisses leisten. Das sind keine Versprechungen, sondern eine auf dem Schlachtfeld bewiesene Tatsache. Die Ukraine wird die NATO stärken.

Die Einleitung des tatsächlichen Beitritts der Ukraine zur NATO ist ein Mittel zur Beendigung des Krieges, nicht zu dessen Ausweitung. Denn „strategische Ungewissheit“ wird für Russland immer ein Grund sein, die Ukraine weiterhin anzugreifen.

Die Menschen in der Ukraine erwarten vom NATO-Gipfel am 11. und 12. Juli 2023 in Vilnius konkrete Ergebnisse. Die Zeit der Beteuerungen, dass die Tür zur NATO offensteht, ist vorbei. Jetzt ist es an der Zeit, die Entscheidungen zu treffen, um den Prozess des NATO-Beitritts der Ukraine in Gang zu setzen.

Russland hat schon immer proaktiv gehandelt. Es hat Kriege und die Besetzung fremder Territorien genutzt, um die internationale Gemeinschaft vor vollendete Tatsachen zu stellen und sie zu zwingen, sich mit der neuen Realität auseinanderzusetzen. Die demokratischen Länder, die der NATO angehören, sollten endlich die Initiative ergreifen, um diesen Prozess zu steuern. Wir sehen Sicherheit schon viel zu lange als gegeben

an. Wir müssen Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft übernehmen.

EWSA



EWSA bevorzugt Europäischen Souveränitätsfonds gegenüber nationalen Subventionen

In einer Sondierungsstellungnahme zum 30-jährigen Bestehen des Binnenmarkts hat der EWSA die Idee der Kommission unterstützt, in einem Fonds Ressourcen zu bündeln und in wichtige grüne Technologieprojekte zu investieren, statt die Wettbewerbsregeln zu lockern.

Die Lockerung der Beihilfenvorschriften zum Schutz der europäischen Industrie vor der US-amerikanischen Konkurrenz infolge des US-Gesetzes zur Verringerung der Inflationsrate könnte zu Asymmetrien führen zwischen reicheren Mitgliedstaaten (wie z. B. Deutschland), die ihre Wirtschaft subventionieren können, und jenen, die sich aufgrund begrenzten finanziellen Spielraums keine Beihilfen leisten können, so der EWSA in einem [neuen Bericht](#), in dem er eine Bilanz des 30-jährigen Bestehens des Binnenmarkts zieht und in die Zukunft blickt.

„Ein Europäischer Souveränitätsfonds ist der beste Weg, um der europäischen Industriepolitik und Investitionen in grüne Technologien neue Impulse zu verleihen“, so Berichterstatter **Felipe Medina Martín** von der Gruppe Arbeitgeber im EWSA. Die geltenden Vorschriften für staatliche Beihilfen müssten überarbeitet und reformiert werden, fügte er hinzu.

„Die Kriterien für die Gewährung staatlicher Beihilfen, ihre Auswirkungen und ihr Nutzen müssen eingehend untersucht werden“, erklärte der Berichterstatter. „Einige Branchen können von staatlichen Beihilfen und von den entsprechenden Ausnahmeregelungen und Abweichungen profitieren. Andere allerdings nicht. Berücksichtigt man dann noch die Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten, kommt man auf enorme Wettbewerbsunterschiede innerhalb der EU.“

In dem EWSA-Bericht wird betont, dass der Binnenmarkt zweifelsfrei zu den größten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der EU gehört. Doch er muss sich ständig weiterentwickeln und an die sich verändernden Bedingungen und neue Herausforderungen anpassen.

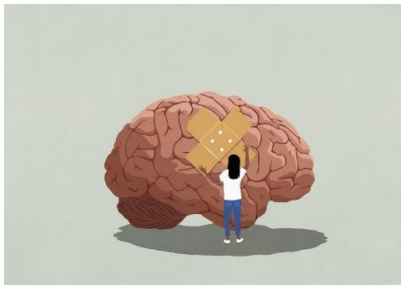
Die **offene strategische Autonomie** muss dabei an vorderster Stelle stehen: Die Versorgung und der Handel im Energiesektor und bei kritischen Rohstoffen sollte Vorrang haben. Vereinbarungen mit Ländern, die unsere Grundsätze und Werte teilen, sind hier ein gangbarer Weg.

Für den EWSA ist es besorgniserregend, dass bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften **der größte Regelungsaufwand nach wie vor auf nationaler Ebene entsteht**. Nationale Vorschriften treten bisweilen in Kraft, bevor EU-Initiativen auf den Weg gebracht werden. Dadurch wird die Harmonisierung verhindert, es kommt mitunter zu Verzerrungen auf dem Binnenmarkt. Um dies zu vermeiden sollte die EU in Bezug auf Rechtsvorschriften proaktiver und schneller handeln.

Aus Sicht der Arbeitnehmer wäre es dem EWSA zufolge zweckmäßig, wenn Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und der Nachhaltigkeit mit Maßnahmen zum Schutz der Qualität von Arbeit und zur Gewährleistung von Bürgerrechten, Verbraucherschutz und fairer Bedingungen für kleinere Unternehmen einhergehen würden.

„Die Welt verändert sich und so wird sich auch das Paradigma, das in den letzten 30 Jahren für den Binnenmarkt galt, ändern müssen, wahrscheinlich sogar radikal, wenn wir die neuen geopolitischen Herausforderungen bewältigen wollen“, betonte Ko-Berichterstatter **Angelo Pagliara** von der Gruppe Arbeitnehmer im EWSA. „Um echte Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten, müssen wir alle Formen von Dumping – Sozial- und Steuerdumping – bekämpfen. Denn Dumping untergräbt die Wettbewerbsfähigkeit.“

Auf diesen allgemeinen Bericht werden Stellungnahmen zu den spezifischen Aspekten des Binnenmarkts folgen. (dm)



[EWSA fordert EU-Rechtsvorschriften zur Prävention arbeitsbedingter psychosozialer Risiken](#)

Am Welttag für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz 2023 forderte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss die Europäische Union auf, verbindliche Rechtsvorschriften zu erlassen, um psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz

vorzubeugen. Es gibt immer mehr Hinweise darauf, dass prekäre Arbeitsverhältnisse die psychische Gesundheit von Arbeitnehmern erheblich belasten.

Der EWSA präsentierte am 27. April seine Stellungnahme zum Thema [Prekäre Beschäftigung und psychische Gesundheit](#) im Rahmen einer Debatte mit dem spanischen Staatssekretär für Beschäftigung und Sozialwirtschaft, **Joaquín Pérez Rey**.

Der Berichterstatter für diese Stellungnahme, **José Antonio Moreno Díaz**, bekräftigte, dass prekäre Arbeitsverhältnisse erwiesenermaßen das Risiko einer Verschlechterung der psychischen Gesundheit von Arbeitnehmern erhöhen und somit ein Problem der öffentlichen Gesundheit sind.

Prekäre Arbeitsverhältnisse, die u. a. durch Arbeitsplatzunsicherheit, ausbeuterische Zeitverträge, lange Arbeitszeiten und fehlende Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung gekennzeichnet sind, verletzen die Grundrechte von Arbeitnehmern und müssen in all ihren Formen bekämpft und beseitigt werden. Aus diesem Grund forderte der EWSA den Erlass verbindlicher Rechtsvorschriften auf EU-Ebene sowie eine Weiterentwicklung und Modernisierung der Richtlinie über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am

Arbeitsplatz (89/391/EWG).

„Wir brauchen ein hochwertiges Arbeitsumfeld, das weder zu physischen noch zu psychischen Leiden führt. Wir brauchen eine spezifische EU-Richtlinie zu psychosozialen Risiken“, so **Moreno Díaz**.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** erklärte: "Unser Ausschuss hat sich die Weiterentwicklung der EU-Sozialagenda und den Aufbau eines nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Europas, das fit für das 21. Jahrhundert ist, zu einem wichtigen Anliegen gemacht. Dazu gehören etwa angemessene Arbeitsmarktbedingungen, die Förderung der Arbeitnehmerbeteiligung und die Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse.“ (II)



Europäischer Behindertenausweis soll Freizügigkeit von Menschen mit Behinderungen gewährleisten

Der Europäische Behindertenausweis ist eine der obersten Prioritäten der Behindertenbewegung, ermöglicht er es Menschen mit Behinderungen doch, ihr Grundrecht auf

Freizügigkeit in der EU unter den gleichen Bedingungen auszuüben wie Menschen ohne Behinderung.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt die Initiative der Europäischen Kommission zur Einführung eines Europäischen Behindertenausweises, um Menschen mit Bedingungen dabei zu unterstützen, ihr Recht auf Freizügigkeit sowie ihr Niederlassungsrecht innerhalb der EU wahrzunehmen.

In seiner auf der [Plenartagung](#) im April verabschiedeten Stellungnahme weist der EWSA jedoch darauf hin, dass der Erfolg des Ausweises von der gegenseitigen Anerkennung des Behindertenstatus in den EU-Mitgliedstaaten abhängen wird. Dies ist derzeit nicht der Fall, weshalb Menschen mit Behinderungen bei Reisen in andere EU-Länder keine Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch nehmen können. Dies stellt einen eklatanten Verstoß gegen ihr Recht auf Freizügigkeit dar, einer der zentralen Werte der EU.

Der Berichterstatter für diese Stellungnahme, **Ioannis Vardakastanis**, sagte: „Derzeit gibt es in der EU eine Zwei-Klassen-Gesellschaft: einerseits jene Bürgerinnen und Bürger, die frei in einen anderen Mitgliedstaat reisen, dort arbeiten oder studieren und sich dort niederlassen können, und andererseits jene, denen dies verwehrt ist. Durch den Europäischen Behindertenausweis werden diese Hürden beseitigt“.

Der EWSA weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass der Europäische Behindertenausweis eine Priorität für die Behindertenbewegung ist und von ihr seit Langem eingefordert wird. Er empfiehlt, den Ausweis im Wege einer Verordnung einzuführen, da dieses Rechtsinstrument besser geeignet ist, um für eine konsistente und allumfassende Anwendung zu sorgen und Unterschiede bei der Umsetzung auf nationaler Ebene zu vermeiden.

Außerdem sollten Begleitmaßnahmen ergriffen werden, um die Barrierefreiheit von Verkehrsmitteln, Dienstleistungen und Gebäuden zu gewährleisten. Darüber hinaus sollten die auf dem Ausweis gespeicherten Daten durch die Datenschutzverordnung geschützt sein. Auf diese Weise kann der Ausweis als Europäischer Behindertenpass genutzt werden.

Nach Ansicht des EWSA wird der Ausweis jene Mitgliedstaaten, die einen vorwiegend medizinischen Ansatz in Bezug auf Behinderungen verfolgen, dazu veranlassen, ihre derzeitige Herangehensweise zu optimieren und an jenen Modellen auszurichten, die dem UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen entsprechen.

Um den Erfolg des Ausweises sicherzustellen, ruft der EWSA dazu auf, Menschen mit Behinderungen und ihre Organisationen in alle Phasen der Umsetzung sowie in die Überwachung einzubeziehen.

Eine weitere Forderung betrifft die physische Trennung zwischen dem EU-Behindertenausweis und dem EU-Parkausweis. Dies würde Menschen mit Behinderungen die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln sowie den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen erleichtern. (II)



Ein wirksamer sozialer Dialog erfordert politischen Willen und Engagement

Der EWSA hält die Kommissionsvorschläge zur Stärkung des sozialen Dialogs in den Mitgliedstaaten und der EU für zeitgerecht und notwendig, fordert jedoch zusätzliche Schritte. So müssen etwa Maßnahmen ergriffen werden, um die nationalen

Konsultationen mit den Sozialpartnern, die tarifvertragliche Abdeckung auf nationaler und europäischer Ebene sowie die Umsetzung der Vereinbarungen der Sozialpartner zu verbessern.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt die jüngste Initiative der Europäischen Kommission zur Stärkung und Förderung des sozialen Dialogs in der EU. Dabei weist er jedoch auch auf Probleme hin, die bewältigt werden müssen, um einen sinnvollen und wirksamen sozialen Dialog auf nationaler und europäischer Ebene zu gewährleisten.

In der auf seiner Plenartagung im April verabschiedeten [Stellungnahme](#) analysiert der EWSA die jüngste Mitteilung der Kommission zur Stärkung des sozialen Dialogs und den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu diesem Thema.

Der EWSA warnt davor, die dank des sozialen Dialogs erzielten positiven Ergebnisse als gegeben zu erachten, und empfiehlt der Kommission, sich die erfolgreichen nationalen, regionalen und sektoralen Modelle anzusehen und die Gründe ihres Erfolgs zu prüfen.

„Es ist zu begrüßen, dass die Kommissionsinitiative auf die Stärkung des sozialen Dialogs abzielt. Zugleich werden in unserer Stellungnahme weitere Schritte empfohlen, z. B. den dreigliedrigen sozialen Dialog auf nationaler Ebene und die tarifvertragliche Abdeckung zu verbessern und im Wege von Richtlinien des Rates klare Bestimmungen zur Umsetzung von Vereinbarungen der Sozialpartner zu erarbeiten“, erklärte der

Berichterstatte der Stellungnahme, **Pekka Ristelä**.

Nach Auffassung des EWSA bedarf es für einen wirksamen sozialen Dialog repräsentativer und legitimer Sozialpartner mit Wissen, technischen Fähigkeiten und rechtzeitigem Zugang zu Informationen. Ein solcher Dialog erfordert zudem politischen Willen und die Bereitschaft, sich einzubringen. Unerlässlich sind auch die Achtung der Autonomie und der Rechte der Sozialpartner, etwa der Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf Tarifverhandlungen, sowie günstige rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen.

„Unserer Ansicht nach kann der Prozess mit der vorgeschlagenen Empfehlung angemessen unterstützt werden, wenn diese klare und wirksame Kontrollbestimmungen umfasst, wie sie ursprünglich von der Kommission vorgeschlagen wurden. Aus den Diskussionen zwischen den Mitgliedstaaten geht hervor, dass dies von Anfang ein Problem darzustellen scheint. Der endgültige Text der Empfehlung wird ein Lackmustest für den tatsächlichen politischen Willen sein, den Prozess wahrhaftig zu stärken“, erklärte die Ko-Berichterstatte **Maryia Mincheva**.

Angesichts der Tatsache, dass in einigen Mitgliedstaaten dreigliedrige soziale Dialoge eher nur Formsache sind, schlägt der EWSA vor, einen gemeinsamen wirksamen Rahmen für die Einbeziehung der Sozialpartner auf nationaler Ebene zu schaffen. Er empfiehlt der Kommission, dann tätig zu werden, wenn die Sozialpartner nicht sinnvoll einbezogen werden.

Außerdem weist der EWSA darauf hin, dass es sich bei dem zivilen Dialog, der ein breiteres Spektrum von Interessenträgern und Themen umfasst, um ein gesondertes Verfahren handelt. Diese Unterscheidung sollte auch bei der Unterstützung des Kapazitätsaufbaus für die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft getroffen werden. (II)



Der EWSA fordert ein ethisches und sicheres Metaversum für Unternehmen und Gesellschaft

Auf seiner Plenartagung im April verabschiedete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss eine Stellungnahme zu den gesellschaftlichen Auswirkungen des Metaversums. In der Stellungnahme wird betont, dass sich die EU umgehend mit den Chancen und Risiken im Zusammenhang mit dem Metaversum befassen muss, damit ein inklusives und sicheres virtuelles Umfeld entstehen kann.

Das Metaversum hat bereits unter Beweis gestellt, dass es kostengünstige Lösungen, eine schnellere Produktion, Qualitätsverbesserungen, Risikominderung und Effizienzsteigerung bieten kann. Vielversprechend sind auch die etwaigen positiven Auswirkungen des Metaversums auf die Umwelt, da es Telearbeit ermöglicht und den Bedarf an physischen Reisen sowie die CO₂-Emissionen reduziert.

Martin Böhme, der Berichterstatter des EWSA für die Stellungnahme, erwartet, „dass sich das Metaversum und die virtuellen Welten ganz erheblich auf unser Leben auswirken werden. Die Entwicklung ist eine

Chance, aber ihre potentiellen Gefahren dürfen keinesfalls ausgeblendet werden.“

Vor allem für Kinder und schutzbedürftige Gruppen stellen virtuelle Welten auch ein Risiko dar. Der Ausschuss fordert die Plattformbetreiber auf, strenge Kontrollmechanismen zu schaffen, um schädliche Inhalte zu filtern und zu entfernen, und Maßnahmen gegen Belästigung, Missbrauch und ausbeuterisches Verhalten zu ergreifen. Weiterhin werden auch Probleme wie Sucht, Schutz der Privatsphäre und die psychische Gesundheit der Nutzer angesprochen.

Geltende Rechtsvorschriften reichen möglicherweise noch nicht aus, um die virtuellen Welten zu regulieren. Der EWSA fordert die EU-Institutionen deshalb auf, dafür zu sorgen, dass die Rechts- und Steuervorschriften, die in der realen Welt Geltung haben, auch in der virtuellen Welt eingehalten und neue Maßnahmen ergriffen werden, um auf besondere Erfordernisse des Metaversums einzugehen.

In der Stellungnahme wurde das erhebliche Potenzial für europäische Unternehmen hervorgehoben, die ihre Geschäftstätigkeit optimieren, Daten sammeln und ihre Leistung verbessern wollen. Die Herausforderungen für die Unternehmen bestehen u. a. in der verbesserten Akzeptanz für neue Technologien, der Umschulung der Arbeitskräfte und in der Gewährleistung einer ethischen und sicheren Nutzung.

„Der Aufbau von Metaversen für Unternehmen geht mit einem besonderen Kompetenzbedarf einher; Europa muss alles daran setzen, wieder zu einem attraktiven Forschungsstandort zu werden, denn nur so können wir unsere Führungsposition halten“, erklärte der Ko-Berichtersteller des EWSA, **Hervé Jeannin**.

Derzeit erarbeitete der EWSA eine weitere Stellungnahme zum Metaversum, die in der zweiten Jahreshälfte verabschiedet werden soll. (gb)



Umweltfreundlicher Verkehr muss finanziell tragbar und sozialverträglich sein

Ein zukunftsfähiger Verkehr ist möglich, aber nur wenn die Bürger, die Wirtschaft und der Verkehrssektor zwei Ziele unterschreiben: eine Verringerung der Emissionen im Verkehrsbereich um 90 % bis 2050 verbunden mit der Zusage, dieses Endziel auf die vereinbarte Art und Weise und mit den vereinbarten Mitteln zu erreichen.

Das ist die Kernaussage der [EWSA-Stellungnahme](#) von **Stefan Back** und **Mateusz Szymański**, die auf der Plenartagung am 27. April 2023 verabschiedet wurde.

Zur Erreichung des Ziels eines langfristig grünen Verkehrs „muss die Umstellung attraktiv gestaltet und realistisch und somit für die Bürger und Unternehmen aus dreifacher Sicht – finanziell, sozial und praktisch – tragbar sein“, erklärte **Stefan Back**.

„Nur so wird die Umstellung auf aktive Unterstützung in unserer Gesellschaft stoßen, anderenfalls droht sie nicht nur zu scheitern, sondern kann schlimmstenfalls sogar zu sozialen Unruhen zu führen“, fügte **Mateusz Szymański** hinzu.

Insbesondere müssen aus Sicht des EWSA bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, damit der Übergang gelingen kann.

Zunächst müssen die Unternehmen das Gefühl haben, dass ihnen keine übermäßigen Kosten entstehen und sie wettbewerbsfähig bleiben, nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der EU.

Zweitens müssen die Arbeitnehmer die Umstellung als vertretbar wahrnehmen und die Möglichkeit haben, sich auf sozialverträgliche Weise auf neue Arbeitsbedingungen einzustellen.

Drittens müssen Erreichbarkeit und Mobilität sowohl in Ballungsräumen als auch in ländlichen Gebieten für die Bürgerinnen und Bürger zu annehmbaren Kosten und unter guten allgemeinen Bedingungen gegeben sein. (mp)



Europäisches Semester muss gründlich reformiert werden – so das Ergebnis einer breit angelegten Konsultation der organisierten Zivilgesellschaft

Der EWSA bekräftigt seine Forderung nach einer Überarbeitung des Europäischen Semesters. Er fordert eine EU-Verordnung, um die Beteiligung der Zivilgesellschaft verbindlich vorzuschreiben.

In einer auf der Plenartagung im April erörterten und verabschiedeten Stellungnahme betonte der EWSA, dass Wirtschaftsreformen auf sozialen Faktoren und nicht mehr nur auf Wirtschaftsindikatoren beruhen sollten. Er unterstrich auch, dass der Prozess der länderspezifischen Empfehlungen überarbeitet werden muss: die Mitgliedstaaten müssen Verantwortung für ihre Umsetzung übernehmen.

Das Europäische Semester ist ein jährlicher sechsmonatiger Zyklus wirtschafts-, sozial- und haushaltspolitischer Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten, in dessen Rahmen auch die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne überwacht werden. Das Semester spielt seit seiner Einführung 2011 eine wichtige Rolle, weist aber auch erhebliche Schwächen auf.

In dieser Stellungnahme bekräftigt der EWSA seine Forderung nach einer Reform des Europäischen Semesters. Es gilt, seine Transparenz und Demokratie sowie die Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft und die Wirksamkeit seiner Funktionsweise zu stärken. Der EWSA empfiehlt,

- die bestehenden Indikatorensysteme zu überprüfen, zu ergänzen und aufeinander abzustimmen, um so die Bewertungsverfahren zu verbessern;
- die länderspezifischen Empfehlungen – eines der wichtigsten Instrumente des Europäischen Semesters – auf einen Zeitraum von drei Jahren mit jährlichen Evaluierungen und Überprüfungen auszulegen. Außerdem sollte ihre Umsetzung mit dem EU-Haushalt verknüpft werden, da dies der beste Anreiz für ihre Umsetzung ist;
- die Sozialpartner und die Organisationen der Zivilgesellschaft durch ein strukturiertes förmliches Konsultationsverfahren und ein bestehendes Gremium, dem diese Aufgaben per Gesetz übertragen wurden, einzubeziehen; den bestehenden nationalen Wirtschafts- und Sozialräten in diesem Prozess ebenfalls eine wichtige Rolle einzuräumen;
- in einer EU-Verordnung die Prinzipien und grundlegenden Kriterien einer strukturierten und dauerhaften Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in den verschiedenen Phasen des Europäischen Semesters festzulegen.

[Pressemitteilung](#)

[Vollständige Stellungnahme](#) (tk)



Russlands Vorgehen in der Ukraine sollte als Ökozid nach EU-Recht gelten

Der Krieg in der Ukraine hinterlässt schwere grenzüberschreitende Umweltschäden, die Anlass zu großer Besorgnis geben. Der EWSA fordert, das Vorgehen Russlands zu einer Straftat nach EU-Recht zu machen, und betont, dass

Umweltschutz zugleich auch der Gewährleistung der Grundrechte dient.

Die Ökosysteme der Ukraine haben durch die weitreichende Zerstörung von Wäldern und die Verschmutzung von Luft und Wasser stark gelitten. Die reiche biologische Vielfalt, die Ökosysteme, die menschliche Gesundheit und die landwirtschaftliche Produktion sind dadurch bedroht. Der EWSA spricht sich gemeinsam mit dem Europäischen Parlament dafür aus, Ökozid als Straftat nach EU-Recht einzustufen, um Russland zur Rechenschaft zu ziehen und künftige Umweltkatastrophen zu vermeiden.

Berichterstatterin **Ozlem Yildirim** erklärte: „Der EWSA betont, dass der Umweltschutz unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Grundrechte in der EU und darüber hinaus dringend verbessert werden muss. Diese Notwendigkeit wird durch die schweren Umweltschäden, die der Ukraine-Krieg hinterlässt, noch verschärft.“

Der Ausschuss fordert außerdem, diese Auswirkungen zu messen und zu dokumentieren, um Rechtsschutz, Rechenschaftspflicht und einen gerechten Wiederaufbau nach dem Krieg im Einklang mit internationalen Standards zu gewährleisten.

Das Recht auf eine gesunde Umwelt ist untrennbar mit dem sozialen und wirtschaftlichen Wohlergehen verbunden, da viele Arbeitsplätze von einem gesunden Klima abhängen. Der EWSA fordert die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen auf, die bestehenden Rechtsinstrumente und Bemühungen zum Schutz des Rechts auf eine gesunde Umwelt zu verstärken, gerade auch in Anbetracht des fragilen Zustands der Ökosysteme, der durch den Konflikt in der Ukraine deutlich geworden ist. (ks)



EWSA besucht Modelldorf für nachhaltige Energie in Süddeutschland

Die Mitglieder konnten sich einen unmittelbaren Eindruck von einem ausgeklügelten Ökosystem verschaffen, das die Umwelt schützt, wirtschaftlichen Erfolg ermöglicht, Verfahren der Kreislaufwirtschaft in der Landwirtschaft unterstützt und den sozialen Zusammenhalt fördert.

Am 5. Mai besuchte eine Delegation von Mitgliedern des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses das Energiedorf Wildpoldsried im Allgäu.

Das Dorf ist dafür bekannt, dass es vor Ort erfolgreich erneuerbare Energie erzeugt und sich seine Bürgerinnen und Bürger engagiert daran beteiligen.

Die EWSA-Mitglieder waren beeindruckt von der Infrastruktur des Dorfes, zu der Windturbinen, eine Biogasanlage, eine Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage mit einem Nahwärmenetz und eine Photovoltaikanlage mit Batterie gehören.

Der innovative und nachhaltige Ansatz der Wildpoldsrieder ist ein Paradebeispiel für ein ausgeklügeltes Ökosystem, mit dem die Umwelt geschützt, wirtschaftlicher Erfolg ermöglicht, die Kreislaufwirtschaft in der Landwirtschaft unterstützt und durch Bürgerbeteiligung der soziale Zusammenhalt gefördert wird.

Der Besuch war für den EWSA von besonderem Interesse, da er dazu beitrug, den EU-Institutionen zivilgesellschaftliche Themen näherzubringen und eine Brücke zwischen gesellschaftlichem Engagement und EU-Politik zu schlagen. (ks)

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



30 Jahre Binnenmarkt: Eine kritische Überprüfung durch den EWSA

Von Felipe Medina, Mitglied der Gruppe Arbeitgeber im EWSA

Die Europäische Union feiert 30 Jahre Binnenmarkt, der die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen sicherstellt, so dass die EU-Bürgerinnen und -Bürger in jedem EU-Mitgliedstaat studieren, leben, einkaufen und arbeiten können. Der Binnenmarkt kann mit Fug und Recht als das Kernstück der Europäischen Union bezeichnet werden. Er ist das zentrale Instrument, das auf dem Weg zur

europäischen Bürgerschaft und Identität die Beseitigung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Grenzen ermöglicht hat.

Aufgrund der Ereignisse, mit denen die Europäische Union – und die ganze Welt – in den vergangenen Jahren konfrontiert waren, müssen wir darüber nachdenken, wie ein resilienterer und in geringerem Maße von der Außenwelt abhängiger Binnenmarkt geschaffen werden kann. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss beschäftigt sich in der auf seiner Plenartagung im April verabschiedeten Stellungnahme [30 Jahre Binnenmarkt: weitere Verbesserung der Funktionsweise](#) mit genau dieser Frage.

Ein Begriff zieht sich wie ein roter Faden durch die Stellungnahme: Wettbewerbsfähigkeit. In der Stellungnahme wird betont, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen sichergestellt werden müssen, „indem Wachstum und faire Wettbewerbsfähigkeit gefördert und ein unternehmens- und sozialfreundliches Umfeld geschaffen werden.“ Hauptanliegen des EWSA sind die Schwachpunkte des Binnenmarkts, die die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Unternehmen beeinträchtigen.

Alle Akteure des europäischen Aufbauwerks haben die Pflicht, die jüngeren Generationen für die Bedeutung der bereits erzielten Fortschritte und des bislang Erreichten zu sensibilisieren. Sie müssen auch vor den Gefahren für den Binnenmarkt warnen und Leitlinien zu ihrer Bewältigung vorlegen. Es bedarf weiterer Fortschritte für eine solidere und konsolidierte gemeinsame Zukunft.

Den vollständigen Artikel finden Sie hier: <https://europa.eu/!PHPC3R>



50 Jahre Kampf für die Arbeitnehmerschaft

von der Gruppe Arbeitnehmer

Zahlreiche Mitglieder der Gruppe Arbeitnehmer im EWSA nahmen an den Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) teil.

Diese fanden vom 23. bis 26. Mai 2023 im Rahmen des EGB-Kongresses in Berlin statt.

Die meisten der in der Gruppe Arbeitnehmer im EWSA vertretenen Gewerkschaftsorganisationen gehören auch dem EGB an. In den nächsten Jahren wird die Gruppe Arbeitnehmer weiterhin vorrangig die Zusammenarbeit mit dem EGB vertiefen, denn beide sind seit langem natürliche Verbündete, was die Förderung und Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen angeht.

Während des Kongresses nahmen die Mitglieder der Gruppe Arbeitnehmer und ihre neue Vorsitzende **Lucie Studničná** an wichtigen Gesprächen über Themen wie die Reform der Gewerkschaften, die Zukunft der Arbeit und die Zukunft Europas teil. Ganz oben auf der Tagesordnung standen dabei die kommenden Europawahlen: Die Koordinierung zwischen den einzelnen Gewerkschaften sowie zwischen der Gruppe Arbeitnehmer und dem EGB ist künftig wesentlich, um die Menschen überall in der EU zur Stimmabgabe für progressive Demokraten zu mobilisieren.

Weitere zentrale Themen waren die Regulierung der künstlichen Intelligenz am Arbeitsplatz, die vollständige Umsetzung der Richtlinie über gleiches Entgelt, die Gewährleistung eines für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerechten grünen und digitalen Übergangs sowie die Steigerung der Gewerkschaftszugehörigkeit als Bollwerk gegen den Aufstieg rechtsextremer Parteien.

Darüber hinaus haben die Delegierten die neue EGB-Führung gewählt sowie das „Berlin-Manifest“ und das EGB-Handlungsprogramm 2023–2027 verabschiedet. (mg)



Schaffung widerstandsfähiger und nachhaltiger Gesundheits- und Pflegesysteme: Lehren aus der COVID-19-Pandemie

von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft

Bei der Gesundheitsversorgung muss der Mensch im Mittelpunkt stehen, sie ist als soziale Investition und nicht als reiner Kostenfaktor zu betrachten: so das Fazit einer [Konferenz](#) der [Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft](#) des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses am 25. Mai 2023 im „Europahuset“ in Stockholm.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein Einstellungswandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik erforderlich. Aufbauend auf ihrer Zusammenarbeit während der COVID-19-Pandemie müssen die Mitgliedstaaten Hand in Hand arbeiten, um widerstandsfähige und nachhaltige Gesundheits- und Pflegesysteme aufzubauen, bei denen alle mitgenommen werden und in denen die Arbeit des Gesundheits- und Pflegepersonals, zivilgesellschaftlicher Organisationen und ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer Wertschätzung erfährt.

An der Konferenz nahmen rund 90 Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und von Institutionen der nationalen und der europäischen Ebene teil.

Bei der Eröffnung der Konferenz hob der Vorsitzende der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft **Séamus Boland** hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU einen Rechtsanspruch auf Zugang zu erschwinglicher und hochwertiger Gesundheitsversorgung haben. Boland erklärte, dass die EU-Mitgliedstaaten dieses Recht 2017 mit der Annahme der europäischen Säule sozialer Rechte bekräftigt hätten. 2021 sei es von den Bürgerinnen und Bürgern erneut eingefordert worden, als sie auf der Konferenz zur Zukunft Europas das „Recht auf Gesundheit“ anmahnten. Um besonders vulnerable Gruppen – ältere Menschen, junge Menschen oder Menschen mit einer Behinderung – medizinisch gut versorgen zu können, so Boland weiter, müssten widerstandsfähige und hochwertige Gesundheits- und Pflegesysteme geschaffen werden.

Lena Hallengren, Mitglied des schwedischen Reichstags und frühere schwedische Ministerin für Gesundheit und Soziales (2019–2022), sprach über die Maßnahmen Schwedens zur Eindämmung der Pandemie. In den internationalen Medien sei häufig Sprache vom schwedischen Sonderweg gewesen. Die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen hätten jedoch ausgereicht, wenn sich die Menschen an das Abstandsgebot hielten und öffentliche Orte mieden. Und während andere Länder ihre Schulen schlossen, seien sie in Schweden geöffnet geblieben. „Uns war klar, wie wichtig die Schule insbesondere für Kinder und Jugendliche aus ärmeren Verhältnissen auf ihrem Lebensweg ist.“

Mehr dazu finden Sie auf unserer [Website](#).

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



Tag der offenen Tür in den EU-Institutionen 2023: Besucher konnten endlich wieder vor Ort begrüßt werden

Zu seinem 65-jährigen Bestehen öffnete das Haus der organisierten Zivilgesellschaft in Europa wieder seine Türen für die Öffentlichkeit.

Nach drei Jahren, in denen der Europatag nur online begangen werden konnte, begrüßte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) am Samstag, den 6. Mai, wieder Besucher zum jährlichen interinstitutionellen Tag der offenen Tür.

Der EWSA, das Haus der organisierten Zivilgesellschaft in Europa, begeht 2023 sein 65-jähriges Bestehen, weshalb der Tag der offenen Tür in diesem Jahr ein besonderer Anlass zum Feiern war.

Den Besuchern wurde von 10 bis 18 Uhr einiges geboten: u. a. Live-Musik, digitale Ratespiele, ein Glücksrad, Entenfischen, ein Karikaturist, eine Kinderecke, die Simulation einer Schnellabstimmung sowie ein Schnellchat mit Mitgliedern. Auch der neue EWSA-Präsident suchte den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern und Freiwilligen und diskutierte mit ihnen.

An die 2 300 Gäste besuchten den EWSA und genossen die Aktivitäten, das Unterhaltungsangebot und die freundliche Aufnahme durch die Mitglieder und die mehr als 60 Bediensteten des EWSA, die sich bereit erklärt hatten, am Tag der offenen Tür mitzuwirken.

Einige Bilder des Tages finden Sie unter diesem [Link](#). (sp)



Der EWSA nimmt am Europäischen Jugendevent in Straßburg teil

Am 9. Juni 2023 richtete der EWSA beim Europäischen Jugendevent (EYE) in Straßburg einen Workshop aus.

Der EWSA-Workshop bot Gelegenheit, die Empfehlungen der Schülerinnen und Schüler vorzustellen, die sie im Rahmen der großen jährlichen Jugendplenartagung [Your Europe Your Say!](#) (YEYS) des EWSA am 23./24. März 2023 formuliert hatten.

Zwei der Jugendlichen, die an der Jugendplenartagung teilgenommen hatten, stellten gemeinsam mit einem EWSA-Mitglied die besten Vorschläge der Jugendversammlung vor und loteten deren Umsetzungspotenzial in einer offenen Diskussion mit dem Publikum weiter aus.

Im Mittelpunkt des Jugendevents standen jugendpolitische Maßnahmen und Initiativen, die dazu beitragen sollen, mit jungen Menschen in Kontakt zu kommen. Es bot außerdem Gelegenheit, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Jugendplenartagung und der Jugend im Allgemeinen zu zeigen, dass ihre Stimme in der EU gehört wird.

Klicken Sie [hier](#), um mehr über die Jugendplenartagung und die Empfehlungen der YEYS 2023 zu erfahren. (sp)



[Aufführung des Theaters Navpaky im EWSA jetzt als Video abrufbar](#)

Wir haben die Höhepunkte der Musikshow „There, out of sight“ über den Kampf der Ukraine für Demokratie und Freiheit in einem Video zusammengestellt, das jetzt im Internetportal des EWSA verfügbar ist.

Die polnische Theatertruppe Navpaky würdigt die tagtäglichen Heldentaten gewöhnlicher Ukrainerinnen und Ukrainer, indem sie deren Geschichten zu Liedern verarbeitet. In insgesamt neun Liedern werden die Geschichten junger Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen in einem Umfeld erzählt, das durch die Ereignisse in der kriegsgebeutelten Ukraine geprägt ist.

Dahinter steht der Grundgedanke, dass Menschen, die mutig für ihre Freiheit kämpfen, keine heroischen Lichtgestalten, sondern ganz normale Menschen aus Fleisch und Blut mit ihrem Alltag, ihren Freuden und ihren Zweifeln sind.

Die Aufführung fand im Rahmen der Abschlussitzung der diesjährigen Jugendveranstaltung des EWSA „Your Europe, Your Say!“ am 24. März statt. Die Lieder wurden auf Ukrainisch mit englischen Untertiteln präsentiert.

Mit dieser Initiative unterstrich der EWSA, wie wichtig es ist, jungen Menschen zuzuhören. Auch brachte er damit seine Unterstützung und seine Solidarität mit den Menschen in der Ukraine in diesen Zeiten zum Ausdruck.

[Das Video ansehen](#) (dm)



20 km von Brüssel 2023: EWSA sammelt im EU-Team Spenden für Menschenrechte

Am Sonntag, dem 28. Mai 2023, fanden zum 43. Mal die „20 km von Brüssel“, eine der beliebtesten Sportveranstaltungen der belgischen Hauptstadt, statt. Am Start waren dabei in einem gemeinsamen Team auch Bedienstete des EWSA und anderer EU-Institutionen, um Spenden für einen wohltätigen Zweck zu sammeln.

An dem Volkslauf, mit dem der Breitensport gewürdigt wird, nahmen über 40 000 Läuferinnen und Läufer sowie Walkerinnen und Walker aus 89 verschiedenen Ländern teil.

Die vom EU-Team gesammelten Spenden kamen der Menschenrechtsorganisation Amnesty International zugute.

Der EWSA-Vizepräsident für Kommunikation **Laurențiu Plosceanu** gab zusammen mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments, **Roberta Metsola**, und **Stefaan De Rynck** als Vertreter der Europäischen Kommission den Startschuss für die vierte Startwelle.

Herr Plosceanu unterstrich die engagierte Präsenz der EU-Institutionen bei der Veranstaltung, die für Demokratie und Menschenrechte steht, und beschrieb die Menschenmenge als „Tsunami aus 40 000 Bürgerinnen und Bürgern, die für Frieden, Demokratie, Menschenrechte und die Werte der EU laufen“.

60 Mitglieder der Praktikantenvereinigung des EWSA nahmen an dem Lauf teil und sammelten in Zusammenarbeit mit der nichtstaatlichen Organisation *Promote Ukraine* und dem ukrainischen nationalen Rat für Rehabilitation durch Sport Spenden für Kriegsversehrte in der Ukraine. Das Geld kommt Rehabilitationsprogrammen zugute.

Der Lauf, an dem auch der belgische Premierminister **Alexander De Croo** zugunsten des belgischen Roten Kreuzes teilnahm, wurde vom Fremdenverkehrsverband *Syndicat d'Initiative - Bruxelles Promotion 1886* veranstaltet. (at)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Millie Tsoumani (mt)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Giorgia Battiato (gb)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katerina Serifi (ks)
Katharina Radler (kr)
Laura Lui (ll)

Marco Pezzani (mp)
Margarita Gavanas (mg)
Margarida Reis (mr)
Pablo Ribera Paya (prp)
Shah Parminder (sp)
Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Giorgia Battiato (gb)

Technical support
Bernhard Knoblach (bk)
Joris Vanderlinden (jv)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

07/2023